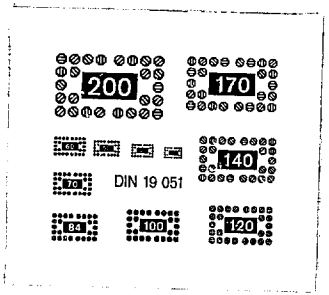

101

ZUM VERHÄLTNIS VON SOZIALDEMOKRATIE UND KOMMUNISMUS

Herausgeber:
Vorstand der SPD, Bonn

Reihe Parteien
Heft 1

SPD

53

g 2584 FES 17. 5. 71

p1

ZUM VERHÄLTNIS VON SOZIALDEMOKRATIE UND KOMMUNISMUS

Herausgeber:
Vorstand der SPD, Bonn

Reihe Parteien
Heft 1

SPD

A 5853 Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Vorwort

Die Überwindung des kalten Krieges, die erfolgreiche Entspannungspolitik der sozial-liberalen Bundesregierung und der Beginn der Normalisierung unserer Beziehungen zu den Staaten und Völkern Osteuropas und zu der DDR hat die Diskussion über die Prinzipien der Sozialdemokratie und des Kommunismus erneut in Bewegung gesetzt. Die Kommunisten haben auf ihre Art die Diskussion aufgegriffen. Sie propagieren die alte These von der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die rechten sozialdemokratischen Führer". Dies findet z. B. seinen Niederschlag in einem Beitrag der Februar-Ausgabe von „Kommunist", dem Zentralorgan der KPdSU. Vor allem die SED organisiert aus Anlaß des 25. Jahrestages ihres Bestehens eine Kampagne gegen den sogenannten Sozialdemokratismus.

Der Parteirat der SPD hat bereits am 14. November 1970 die grundsätzlichen Positionen der SPD in dieser aktuellen Auseinandersetzung umrissen. Mit dieser Erklärung will sich die SPD nicht in die Diskussion in anderen Parteien einmischen, wie sie auch umgekehrt eine Einmischung politisch anders orientierter Parteien in ihre interne Entwicklung ablehnt. Nach einer dreimonatigen Diskussion in der Partei ist die Entschließung zum Verhältnis von „Sozialdemokratie und Kommunismus" am 26. Februar 1971 endgültig in folgender Fassung verabschiedet worden:

Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit

Die erste sozialdemokratisch geführte Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat mit dem Moskauer und Warschauer Vertrag erste große Schritte zur Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion und Polen getan. Weitere Schritte des Ausgleichs mit den kommunistischen Regierungen Osteuropas werden folgen. Das besondere Bemühen der Bundesregierung gilt der Entkrampfung der Beziehungen zu dem von Kommunisten regierten Staat im anderen Teil Deutschlands, der Verhinderung weiteren Auseinanderlebens und der Erhaltung der Verbindung zwischen den Deutschen in beiden Teilen. So entspricht es den Parteitagsbeschlüssen der SPD.

Diese Schritte zur Überwindung der feindseligen Konfrontation mit den Mächten des Warschauer Paktes fügen sich in die allgemeinen Entspannungsbemühungen unserer westlichen Verbündeten ein. Sie sollen zum Abbau der Gefahren beitragen, die den Frieden in Europa und der Welt bedrohen. Sie sollen den Weg ebnen zur Verringerung der Rüstungslasten, unter denen die Völker im Westen wie im Osten leiden, und zum Abbau der trennenden Schranken zwischen den Menschen.

Diese Friedenspolitik ist eine notwendige, aber schwierige Aufgabe; schwierig vor allem deshalb, weil es sich um die Verbesserung der Beziehungen zwischen Staaten und Völkern handelt, in denen grundverschiedene politische Ordnungen bestehen:

Freiheitliche Demokratie auf der einen, kommunistische Parteidiktatur auf der anderen Seite. Keine Friedenspolitik, keine außenpolitische Annäherung kann diesen Gegensatz der Systeme beseitigen, keine darf ihn übersehen: Der Friede, den wir erstreben, soll nicht nur allein das Leben schützen, er muß unserem Volk das Recht sichern, die Formen seines politischen und gesellschaftlichen Lebens auch weiterhin in Freiheit selbst zu bestimmen.

Die Sozialdemokratie beharrt darauf, daß ein gleichgewichtiger und gleichzeitiger Abbau der militärischen Kräfte auf seiten des Warschauer Paktes wie auf seiten des Nordatlantik-Paktes als einer der nächsten großen Schritte zur Sicherung des Friedens in Europa folgen muß. Sie ist gegen einseitige Vermehrung des vorhandenen Verteidigungspotentials des Nordatlantik-

Paktes ebenso energisch wie umgekehrt gegen einseitigen Abbau. Unsere Sicherheit beruht auf dem Gleichgewicht; Verträge mit unseren östlichen Nachbarn werden unsere Sicherheit erhöhen, nicht aber das Gleichgewicht überflüssig machen. Hierin wissen wir uns mit den sozialdemokratischen Parteien Europas einig.

Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit gehören für die deutsche Sozialdemokratie untrennbar zusammen. Darum wird sie bei ihrem Bemühen um außenpolitische Verständigung mit den kommunistisch regierten Staaten niemals eine Verwischung der grundsätzlichen Gegensätze zulassen, die sozialdemokratische und kommunistische Zielvorstellungen und Durchsetzungsmethoden voneinander trennen.

Die Sozialdemokraten haben 1969 in einer Entschließung ihres internationalen Kongresses in Eastbourne ihre prinzipielle Haltung gegenüber dem Kommunismus bestätigt, die in der Deklaration der Sozialistischen Internationale von 1951 über die „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus" und in der Deklaration von 1962 ausgedrückt wurde.

Die Entwicklung innerhalb der kommunistischen Parteien hat zwar zu neuen Konflikten unter den kommunistischen Parteien einzelner Länder geführt, aber ungeachtet aller unterschiedlichen Entwicklungen ist ein Faktor unverändert geblieben: die Intoleranz der kommunistischen Parteien gegenüber jenen, die nicht einer Meinung mit ihnen sind, und der Anspruch darauf, daß ihre eigene totalitäre Ideologie die einzig gültige Sozialphilosophie sei.

Wir leben in einer Welt, die wir mit den Kommunisten teilen müssen. Weil wir in Freiheit leben wollen, werden wir verhindern, daß uns die kommunistische Ideologie aufgezwungen wird.

Grundsätze und Ziele sozialdemokratischer Politik

Die Sozialdemokratie, am Beginn des Industriezeitalters aus dem Kampf der jungen Arbeiterklasse um elementare demokratische und soziale Rechte entstanden, ist längst zu einer Bewegung für die stetige Erweiterung der

Freiheitsrechte und Entfaltungsmöglichkeiten aller arbeitenden Menschen in einer demokratischen Ordnung geworden. Im Godesberger Grundsatzprogramm heißt es: ‚Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.'

Die Ziele der Sozialdemokratie umfassen in allen Ländern die Durchsetzung, Sicherung und Fortentwicklung der rechtsstaatlichen Demokratie, der Freiheit für Partei-, Organisations- und Meinungsbildung und der Verantwortlichkeit einer ablösbaren Regierung vor den Wählern;

Beseitigung aller Ausbeutungsverhältnisse, Durchsetzung der Demokratie auch in der Wirtschaft;

die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, insbesondere der sozialen Sicherheit und Chancengleichheit, mit allen Mitteln demokratischer Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Bildungspolitik;

die friedliche internationale Zusammenarbeit aller Völker auf der Grundlage der Selbstbestimmung und Gleichberechtigung.

Das Bekenntnis zur rechtsstaatlichen Demokratie, zur politischen und geistigen Freiheit ist für die Sozialdemokratie unabdingbar.

„Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft", heißt es im Godesberger Programm der SPD. Sozialismus — im Sinne einer Kontrolle der Gesellschaft über die wirtschaftlichen Machtmittel mit Hilfe des Staates — ist nur möglich, wo die Staatsmacht selbst von der Gesellschaft demokratisch kontrolliert wird. Das erfordert über die parlamentarische Kontrolle der Regierung hinaus die Entwicklung neuer Formen der aktiven Einflußnahme der Staatsbürger auf die politischen Entscheidungen durch die Mitarbeit in Parteien, Verbänden und Initiativgruppen, der demokratischen Kontrolle einer dezentralisierten Verwaltung und der Mitbestimmung aller Arbeitenden in der Wirtschaft.

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit unter sich ständig verändernden technischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Wirtschaftsräumen, die sich ständig erweitern und engere Verflechtungen eingehen, ist eine immer neue, niemals beendete Aufgabe.

Die Sozialdemokratie ist sich dessen bewußt, wie weit unsere heutige Gesellschaft trotz aller bisher von uns erkämpften Verbesserungen noch von wirklicher Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit entfernt ist. Aber auch in Zukunft kann der Kampf um diese Ziele niemals durch Erreichung eines dogmatisch vorweggenommenen „Endziels" abgeschlossen werden. Verschiedene Formen des öffentlichen Eigentums, der staatlichen Wirtschaftslenkung, der Mitbestimmung in der Wirtschaft und der Sicherung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen den Unternehmungen sind nicht Ziele um ihrer selbst willen, sondern vielmehr Mittel zur demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht und zur Sicherung der sozialen Rechte der Arbeitenden. Als Mittel müssen sie aufgrund von Erfahrungen nach ihrer Zweckmäßigkeit bewertet werden und sind von verschiedenen sozialdemokratischen Parteien unter verschiedenen Umständen verschieden bewertet worden.

Die Erfahrung hat weder das konservative Dogma bestätigt, politische und geistige Freiheit sei nur auf der Grundlage unkontrollierten kapitalistischen Eigentums möglich, noch das kommunistische Dogma, Demokratie ließe sich nur durch Verstaatlichung der Produktionsmittel sichern. Die freiheitliche Demokratie ist — wie die moderne Industrie — zunächst in Ländern mit privater Eigentumsordnung geschaffen worden. Sie hat sich unter dem gemischten Wirtschaftssystem mit vorwiegend privatem Eigentum und planender staatlicher Wachstums- und Stabilitätspolitik, das heute in den fortgeschrittenen Ländern des Westens herrscht, weiterentwickelt. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat sich auf einer solchen Grundlage als politisch stabil, wirtschaftlich leistungsfähig und sozial entwicklungsfähig erwiesen. Auch heute ist noch richtig, was im Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands steht:

„Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.

Das zentrale Problem heißt heute: Wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig."

Aber auch der Versuch der tschechoslowakischen Reformkommunisten, ihren Staat auf der Grundlage des dort bestehenden Staatseigentums zu demokratisieren, war innenpolitisch nicht aussichtslos, bevor er durch militärische Intervention von außen erstickt wurde.

Erfahrungsgemäß führt also weder Privateigentum notwendig zum Faschismus noch Staatseigentum notwendig zum Stalinismus:

Der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik liegt nicht in der verschiedenen Haltung zum Privateigentum, so wichtig diese ist, sondern in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung.

An den Fortschritten dieser Entwicklung haben die deutschen Gewerkschaften und die SPD durch ihr Wirken innerhalb und außerhalb der Parlamente entscheidenden Anteil.

Der demokratische Sozialismus wird auch in Zukunft die politische Alternative zum Kommunismus sein.

Ziele und Methoden der Kommunisten

Auch die Kommunisten berufen sich auf das Ziel der Befreiung aller Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung, der Abschaffung aller Klassenprivilegien, der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Völker. Doch sie verstehen dieses Ziel im Sinne einer vorgegebenen, angeblich wissenschaft-

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

lichen, in Wirklichkeit utopischen Endvorstellung einer klassen- und herrschaftslosen Weltgesellschaft. Nach der Lehre von Lenin, die auch heute noch in der Sowjetunion und in China als verbindlich gilt, kann dies irdische Paradies nur durch eine Kette von Revolutionen, Bürgerkriegen und Befreiungskriegen errichtet werden; nach der Praxis von Stalin und Mao Tse-tung erfordert es die wiederholte gewaltsame Vernichtung ganzer „feindlicher" Klassen.

Zu diesem Zweck haben die Kommunisten bisher überall, wo sie zur Macht kamen, die Diktatur ihrer Partei errichtet, die sie als die wahre Demokratie der Werktätigen ausgeben: Sie haben jedwede Opposition unterdrückt, einschließlich der Opposition aus den Reihen der Arbeiterklasse, und die Freiheit der Parteibildung beseitigt, die Gewerkschaften und alle anderen Interessenvertretungen gleichgeschaltet und die Koalitionsfreiheit beseitigt, alle kritische Meinungsbildung und Meinungsäußerung mit schweren Strafen bedroht und die Informations- und Diskussionsfreiheit beseitigt. Und sie haben — gemäß Lenins eigener Definition der Diktatur — die von ihnen monopolisierte Staatsgewalt „von allen rechtlichen Beschränkungen befreit", also sie grundsätzlich zum Terror ermächtigt.

Solche kommunistischen Diktaturen sind bisher aus eigener Kraft, ohne Intervention von außen, nur in wenig entwickelten Ländern ohne starke demokratische Tradition zur Macht gekommen. In diesen Ländern hat der konzentrierte, zielbewußte Einsatz der totalen Staats- und Parteimacht zum Teil bedeutende Entwicklungsleistungen vollbracht — am eindrucksvollsten in der Sowjetunion selbst. Doch sie haben dafür den Preis jahrzehntelanger Gewaltherrschaft gezahlt. So führte Stalins Zwangskollektivierung, die in der Sowjetunion noch heute als Verdienst gepriesen wird, zehn Jahre nach der Machtergreifung zur Deportation von Millionen Bauern in Zwangsarbeitslager, neben denen die von Marx und Engels geschilderten Schrecken des englischen Frühkapitalismus verblassen. Nur in diesem Klima der allgemeinen Rechtlosigkeit wurde auch die willkürliche Dezimierung der kommunistischen Parteikader selbst durch Stalins Terrorinstrumente in den späten 30er Jahren in Rußland möglich und ebenso die Verfolgung osteuropäischer

Kommunisten als „titoistisch-zionistische Agenten" von 1949 bis 1952 — Vorgänge, die heute offiziell als „Fehler" kritisiert werden, ohne daß die Kommunisten wagen, ihre systemimmanenten Ursachen aufzudecken. Wie einst Stalin mit Hilfe der Geheimpolizei, hat jüngst Mao Tse-tung mit Hilfe der Armee alle Widerstände im Parteiapparat gegen seine Alleinherrschaft gebrochen — und auch in dieser „Kulturrevolution" haben die anarchischen Kämpfe zwischen verschiedenen „Roten Garden" und deren schließliche militärische Unterdrückung ungezählte Blutopfer gefordert.

Dabei haben die Leiden und Entwürdigungen dieser Krisenperioden die kommunistischen Staaten dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft und der internationalen Verbrüderung nicht näher gebracht. In der nachstalinischen Sowjetunion sind heute die Macht und die Vorrechte der bürokratischen Oberschicht gefestigter als je zuvor. In China sind nach der Kulturrevolution Partei und Verwaltung unter der Führung der Generalität rekonstruiert worden. Wettrüsten und Grenzkonflikte, als nackte Machtpolitik, bestimmen die Beziehungen zwischen beiden kommunistischen Großmächten. Was die kleineren kommunistischen Staaten betrifft, so hat die sowjetische Intervention in der CSSR und die zu ihrer Rechtfertigung erfundene Doktrin der „beschränkten" oder „kollektiven" Souveränität „sozialistischer Staaten" gezeigt, wie wenig Selbstbestimmungsrecht und Gleichberechtigung der Nationen im sowjetischen Machtbereich respektiert werden.

Gewiß müssen nicht alle diese Züge für immer die Politik aller kommunistischen Staaten und Parteien bestimmen; auch der Kommunismus ist nicht unveränderlich.

Die jugoslawischen Kommunisten haben seit ihrem Bruch mit Stalin Wege gesucht, um die Aufrechterhaltung des Einparteisystems mit der Schaffung echter Selbstverwaltungsorgane zu verbinden. Die sowjetische Führung hat in dem Jahrzehnt nach Stalins Tod unter der Losung der „sozialistischen Gesetzlichkeit" den Massenterror abgebaut, die Vollmachten der Geheimpolizei beschränkt und die meisten Arbeitslager aufgelöst. Die tschechoslowakischen Reformkommunisten haben 1968 den Versuch gemacht, ein beträchtliches Maß von Informations- und Meinungsfreiheit wiederherzustellen und den Gewerkschaften größeren Spielraum für die Vertretung der

Arbeiterinteressen einzuräumen. Eine Reihe von kommunistischen Parteien in Westeuropa hat damals diesen Versuch als ein mögliches Vorbild für kommunistische Machtausübung in Ländern mit demokratischer Tradition begrüßt und die sowjetische Intervention scharf kritisiert; zumindest die italienischen Kommunisten halten an diesem Standpunkt in der Hauptsache auch heute noch fest. Auch in der heutigen Sowjetunion regt sich immer wieder Kritik an dem Fehlen wirklicher Demokratie und Diskussionsfreiheit, was von führenden kommunistischen Wissenschaftlern als ein Hemmnis der gesellschaftlichen Weiterentwicklung und ein Grund erneuten technologischen Zurückbleibens hinter dem Westen erkannt wird.

Doch die Erfahrung hat bisher gezeigt, wie stark das Interesse des kommunistischen Einpartei-Regimes an der Behauptung seines Machtmonopols Bestrebungen in den eigenen Reihen zur Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und Diskussionsfreiheit und damit zu weiterer Demokratisierung entgegensteht, und wie häufig es sie erdrückt und erstickt. Dabei werden Unterdrückungsmaßnahmen wie die Willkürakte gegen sowjetische Schriftsteller, der Einmarsch in die CSSR oder die Absperrmaßnahmen gegen die Bevölkerung der DDR immer wieder mit der Gefahr des „Sozialdemokratismus" begründet.

In der Tat wäre ein menschlicher, freiheitlicher, rechtsstaatlicher, kurz: wahrhaft demokratischer Kommunismus — ein Kommunismus, der sich das Wort Rosa Luxemburgs zur Richtlinie nähme, daß Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden ist — sozialdemokratischen Grundvorstellungen in wichtigen Punkten näher als den Grundvorstellungen Lenins.

Es ist eine bloße Schutzbehauptung von Inhabern eines politischen Machtmonopols, daß eine solche Reform auch das gefährden würde, was ihr Regime an echten sozialen Errungenschaften geschaffen hat.

Nur wenn kommunistische Staaten sich zu einer Demokratisierung entschließen können, werden auch ihre sozialen Teilfortschritte wirklich gesichert sein. Wir schließen die Möglichkeit einer solchen Entwicklung nicht aus und würden sie begrüßen. Alle Reformen der Kommunisten werden wir danach bewerten, ob sie in der Praxis zur Selbstverwirklichung des Menschen führen, der als gesellschaftliches Wesen nach Freiheit und Selbstbestimmung strebt. Das ist der gleiche Maßstab, der unserem eigenen Kampf für den demokratischen und sozialen Fortschritt und gegen alle Unterdrückungstendenzen in unserer Gesellschaft zugrunde liegt.

Friedliche Koexistenz und geistige Auseinandersetzung

Sozialdemokratische Politik kann sich nicht das Ziel setzen, die kommunistisch regierten Länder zu „befreien" — auch nicht die DDR. Das wäre mit einer konsequenten Friedenspolitik unvereinbar. Ein Abbau der Konflikte zwischen Staaten setzt voraus, daß jeder Staat die innere Ordnung des anderen respektiert. Es wäre auch nicht realistisch: Ein Wandel der kommunistischen Ordnung kann nur von innen kommen.

Sozialdemokratische Politik muß die demokratischen Grundlagen unserer eigenen politischen Ordnung ebenso entschlossen gegen alle kommunistischen Angriffe verteidigen, wie sie sich bemüht, ihren sozialen Inhalt stetig zu verbessern.

Die Kommunisten erklären immer wieder, die von ihnen propagierte „friedliche Koexistenz" zwischen Staaten mit verschiedenen politisch-gesellschaftlichen Systemen bedeute für sie keine „ideologische Koexistenz", also keinen Verzicht auf schärfste Kritik aller nichtkommunistischen Ideen und Institutionen.

Die deutsche Sozialdemokratie nimmt diese Herausforderung an. Sie hat sich seit ihrer Entstehung immer wieder an den Kreuzwegen der deutschen Geschichte für die Demokratie entschieden. Aus dieser grundsätzlichen Überzeugung hat sie auch in den Jahren nach 1945 für den Teil Deutschlands, in dem sie frei arbeiten konnte, den Weg der Demokratie gewählt und die Zusammenarbeit mit den Anhängern der kommunistischen Diktatur verworfen. Sie hat damit entscheidend dazu beigetragen, die Bundesrepublik zu schaffen und die Freiheit in West-Berlin zu sichern. Die Ergebnisse in beiden

Teilen Deutschlands haben uns recht gegeben: Das kommunistische System der DDR ist auch heute keine annehmbare Alternative zu unserer freiheitlichen Ordnung.

Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Aufgabe, diese Ordnung kompromißlos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn
Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Kölner Str. 108—112
3-71 — A 1 — 70